



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksamt Altona

Bezirksamt Altona - Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt - 22758
Hamburg

AKK Altonaer Kinderkrankenhaus gGmbH
Christiane Dienhold
Bleickenallee 38
22763 Hamburg

Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und
Umwelt
Fachamt Bauprüfung
A/WBZ2 Fachamt Bauprüfung
Jessenstraße 1 - 3
22767 Hamburg

Telefon 040 42811-6363
Telefax 040 4279-02570
E-Mail zentrum-wirtschaft-bauen-umwelt@altona.hamburg.de

Ansprechpartner Herr Marcin Zuber

Zimmer 105
Telefon 040 42811-6321
E-Mail marcin.zuber@altona.hamburg.de

GZ.: A-WBZ-1432-2024

Hamburg, 11. April 2025

Verfahren	Baugenehmigungsverfahren nach § 62 HBauO
Bezug	
Eingang	30.10.2024
Grundstück	
Belegenheit	Bleickenallee 38
Baublöcke	212-024
Flurstück	951 in der Gemarkung: Othmarschen

AKK Aufstockung Reha Gebäude

GENEHMIGUNG

Nach § 72 der Hamburgischen Bauordnung (HBauO) in der geltenden Fassung wird unbeschadet der Rechte Dritter die Genehmigung erteilt, das oben beschriebene Vorhaben auszuführen.

Dieser Bescheid gilt nach § 58 Absatz 2 HBauO auch für und gegen die Rechtsnachfolgerin oder den Rechtsnachfolger.

Die bauordnungsrechtliche Genehmigung erlischt nach § 73 Absatz 1 HBauO, wenn innerhalb von drei Jahren nach ihrer Erteilung mit der Ausführung des Vorhabens nicht begonnen oder die Ausführung länger als ein Jahr unterbrochen worden ist.

Sie kann auf schriftlichen Antrag nach § 73 Absatz 3 HBauO jeweils um bis zu einem Jahr verlängert werden.



Sprechzeiten:
nach Vereinbarung im Service
Zentrum oder beim Sachbearbeiter
Terminvergabe per E-Mail oder
telefonisch

Öffentliche Verkehrsmittel:
S1, S11, S2, S3, S31 Altona
112, 155 Große Bergstraße

Termine im Fachamt Bauprüfung nur
nach Vereinbarung

Dieser Bescheid schließt ein:

1. Für den Anschluss des Grundstücks an die öffentliche Abwasseranlage

Anschlüsse:

E0102-HSEKANAL-91153374 Mischwasser DN150 Wiederinbtr. Entfällt HH

Die Genehmigung wird auf Grundlage des Lageplans Nr.: Entwässerung_Nachweis_LP_20241115_V000 vom 15.11.2024 erteilt.

Bei dem angrenzenden Objekt Bleickenallee 36, 38 (Kinderkrankenhaus Altona (Erweiterungsbau nahe Bülowstraße), konstituierender Teil des Ensemble Bleickenallee 30, Hohenzollernring 57-61, Gymnasium Altona (Schulgebäude mit Gartenanlage und Einfriedungen), Bleickenallee 34, Lankenau-Stift (Stiftsgebäude mit Pavillons, weiterer Außengestaltung und Einfriedungen), Bleickenallee 36-38, Kinderkrankenhaus Altona (Hauptgebäude, Außengestaltung und Einfriedungen zur Bleickenallee sowie Erweiterungsbau auf rückwärtigem Grundstücksteil), Bülowstraße 9, Frauenklinik Altona (Krankenhausgebäude mit vorgelagerter Treppe und Kandelabern), Bülowstraße 20 (OP-Bunker einschl. Tunnel) sowie - als nicht konstituierende Ensemblebestandteile - die nach 1945 errichteten Krankenhausbauten) handelt es sich gemäß § 4 DSchG (Denkmalschutzgesetz vom 5. April 2013 (HmbGVBl S.142)) um ein geschütztes Denkmalensemble. Gemäß §§ 8, 9, 10, 11 DSchG sind Veränderungen genehmigungspflichtig.

Begründung

Da sich zwischen der geplanten Aufstockung und dem Baudenkmal (FIST. 949) weitere Gebäude befinden, besteht durch die große hinzutretende Baumasse und Fassadengestaltung eine gewisse Beeinträchtigung, welche jedoch die Grenze zur wesentlichen Beeinträchtigung und Übertönung gerade noch nicht überschreitet. In der Summe ist das BV somit zustimmungsfähig.

2. Nach § 6 der Verordnung zum Schutz des Baumbestandes und der Hecken in der Freien und Hansestadt Hamburg (Baumschutzverordnung) in der geltenden Fassung wird unbeschadet der Rechte Dritter die Ausnahmegenehmigung erteilt,

in der Zeit vom 1. Oktober bis 28. Februar für die Dauer der Gültigkeit der Baugenehmigung

die in Bauanlage 0124 (AKK-REHA Lageplan Baustelleneinrichtung) planerisch dargestellt die knapp 90m Hecke unter Berücksichtigung der folgenden Auflagen und Hinweise, gegen Ersatz zu roden.

Begründung

Die Heckenrodungen erfolgen baubedingt gegen Ersatz.

Planungsrechtliche Grundlagen

Baustufenplan

Ottensen

mit den Festsetzungen: Kinderkrankenhaus; Grünflächen öff. Art

Baupolizeiverordnung vom 08.06.1938 in der geltenden Fassung

Ausführungsgrundlagen

Bestandteil des Bescheides

die Vorlagen Nummer

- 0001 Nord_Ost_Ansicht_20241030_V000 [Nord_Ost_Ansicht_20241030_V000.pdf]
- 0002 Süd_West_Ansicht_20241030_V000 [Süd_West_Ansicht_20241030_V000.pdf]
- 0003 Baubeschreibung_20241030_V000 [Baubeschreibung_20241030_V000.pdf]
- 0004 Betriebsbeschreibung_20241030_V000 [Betriebsbeschreibung_20241030_V000.pdf]
- 0006 Flächenberechnung_NRF_20241029_V000
[Flächenberechnung_NRF_20241029_V000.pdf]
- 0007 BGF_BRI_Berechnung_20241029_V000 [BGF_BRI_Berechnung_20241029_V000.pdf]
- 0023 UG_Grundriss_20241030_V000 [UG_Grundriss_20241030_V000.pdf]
- 0024 EG_Grundriss_20241030_V000 [EG_Grundriss_20241030_V000.pdf]
- 0025 OG1_Grundriss_20241030_V000 [OG1_Grundriss_20241030_V000.pdf]
- 0026 OG2_Grundriss_20241030_V000 [OG2_Grundriss_20241030_V000.pdf]
- 0027 OG3_Grundriss_20241030_V000 [OG3_Grundriss_20241030_V000.pdf]
- 0028 Dachaufsicht_Grundriss_20241030_V000
[Dachaufsicht_Grundriss_20241030_V000.pdf]
- 0029 Liegenschaftskarte [Liegenschaftskarte.pdf]
- 0032 Abstandsflächen_Lageplan_20241030_V000
[Abstandsflächen_Lageplan_20241030_V000.pdf]
- 0033 Schnitte_20241030_V000 [Schnitte_20241030_V000.pdf]
- 0034 Anschreiben_Bauantrag_20241030 [Anschreiben_Bauantrag_20241030.pdf]
- 0043 ELT_DG1_Grundriss_20241108_V000 [ELT_DG1_Grundriss_20241108_V000.pdf]
- 0044 ELT_DG2_Grundriss_20241108_V000 [ELT_DG2_Grundriss_20241108_V000.pdf]
- 0045 ELT_EG_Grundriss_20241108_V000 [ELT_EG_Grundriss_20241108_V000.pdf]
- 0046 ELT_Erläuterungsbericht_241108_V000 [ELT_Erläuterungsbericht_241108_V000.pdf]
- 0047 ELT_Hauptschaltbild_Schema_201108_V000
[ELT_Hauptschaltbild_Schema_201108_V000.pdf]
- 0048 ELT_OG1_Grundriss_20241108_V000 [ELT_OG1_Grundriss_20241108_V000.pdf]
- 0049 ELT_OG2_Grundriss_20241108_V000 [ELT_OG2_Grundriss_20241108_V000.pdf]
- 0050 ELT_OG3_Grundriss_20241108_V000 [ELT_OG3_Grundriss_20241108_V000.pdf]
- 0051 ELT_UG-1_Grundriss_20241108_V000 [ELT_UG-1_Grundriss_20241108_V000.pdf]
- 0069 Entwässerung_Nachweis_LP_20241115_V000
[Entwässerung_Nachweis_LP_20241115_V000.pdf]
- 0076 Erläuterungsbericht Aufstockung Reha_Lüftungsgesuch
[Erläuterungsbericht_Aufstockung_Reha_Lüftungsgesuch.pdf]
- 0077 1 Bauteilliste [1_Bauteilliste.pdf]
- 0078 2 Luftmengenberechnung [2_Luftmengenberechnung.pdf]
- 0079 Lüftung_Nachweis_DA_20241115_V000 [Lüftung_Nachweis_DA_20241115_V000.pdf]
- 0080 Lüftung_Nachweis_E00_20241115_V000
[Lüftung_Nachweis_E00_20241115_V000.pdf]
- 0081 Lüftung_Nachweis_E01_20241115_V000
[Lüftung_Nachweis_E01_20241115_V000.pdf]
- 0082 Lüftung_Nachweis_E-1_20241115_V000 [Lüftung_Nachweis_E-1_20241115_V000.pdf]
- 0083 Lüftung_Nachweis_E02_20241115_V000
[Lüftung_Nachweis_E02_20241115_V000.pdf]
- 0084 Lüftung_Nachweis_E03_20241115_V000
[Lüftung_Nachweis_E03_20241115_V000.pdf]
- 0085 Lüftung_Nachweis_LE_20241115_V000 [Lüftung_Nachweis_LE_20241115_V000.pdf]
- 0086 Lüftung_Nachweis_SM-L_20241115_V000 [Lüftung_Nachweis_SM-
L_20241115_V000.pdf]
- 0121 Hygienegutachten_20250115_V000 [Hygienegutachten_20250115_V000.pdf]
- 0123 AKK-REHA Lageplan Aussenanlagen_20250116_V000 [AKK-

- REHA_Lageplan_Aussenanlagen_20250116_V000.pdf]
- 0124 AKK-REHA Lageplan Baustelleneinrichtung_20250116_V000 [AKK-REHA_Lageplan_Baustelleneinrichtung_20250116_V000.pdf]
- 0125 AKK Lageplan Baumkataster_20250116_V000 [AKK_Lageplan_Baumkataster_20250116_V000.pdf]
- 0126 AKK REHA Fällantrag_20250116_V000 [AKK_REHA_Fällantrag_20250116_V000.pdf]

Sie sind im Rahmen des gesetzlich geregelten Prüfungsumfanges verbindlich.
Die Grüneintragungen in den Vorlagen sind zu beachten.

Erteilte Befreiungen, Abweichungen, Ausnahmen

3. bauordnungsrechtliche Abweichungen nach § 69 HBauO

3.1 für die nicht Herstellung einer inneren Brandwand gem. § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 HBauO

Begründung

Das Gebäude bildet einen Brandabschnitt mit maximalen Abmessungen von 45,0 m × 37,52 m. Dieser erstreckt sich zwischen der Brandwand an der südlichen Wand des notwendigen Treppenraums und dem Übergang Nord. Damit wird die nach § 28 Abs. 2 Nr. 2 HBauO zulässige Brandabschnittslänge von 40 m überschritten.

Gegen diese Abweichung bestehen jedoch keine Bedenken, da das Schutzziel der Verhinderung einer Brandausbreitung durch folgende Maßnahmen gewährleistet ist:

- In den Geschossen 1 bis 3 erfolgt eine Unterteilung durch feuerhemmende Trennwände der Patientenzimmer, feuerhemmende Flurwände sowie feuerbeständige Wände von Installationsschächten und Räumen mit besonderen Brandgefahren. Dadurch wird eine Ausbreitung von Feuer und Rauch wirksam verhindert.
- Eine horizontale Evakuierung in den nächsten Brandabschnitt ist über den notwendigen Treppenraum in den Übergang Nord jederzeit möglich.
- Pro Geschoss stehen zwei bauliche Rettungswege zur Verfügung.
- Eine Brandmeldeanlage (BMA) der Kategorie 1 (Vollschutz) gemäß DIN 14675 ist installiert und wird auf die Aufstockung erweitert.
- Die maximal zulässige Brandabschnittsfläche von 1.600 m² gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 HBauO wird mit ca. 1.080 m² deutlich unterschritten.

3.2 Abweichung von § 33 (4) HBauO „Einbau einer Tür im 5-m-Eckbereich einer Treppenraumaußenwand, die durch Fensteröffnungen einer angrenzenden Außenwand beeinflusst wird“

Begründung

Im Erdgeschoss erhält der bestehende Aufzug einen Durchbruch zur östlichen Außenwand mit einem direkten Ausgang ins Freie. Dieser befindet sich im Eckbereich der Außenwand des notwendigen Treppenraums und wird durch die Fensteröffnungen Gebäudes beeinflusst.

Daher wird die Tür in Anlehnung an § 33 Abs. 6 HBauO feuerhemmend ausgeführt, wie es für Türen zwischen notwendigen Treppenräumen und Nutzungseinheiten > 200 m² vorgeschrieben ist. Eine Rauchschutzfunktion ist nicht erforderlich, da Rauchgase aus den Fenstern des Gebäudes nach oben abziehen und somit nicht in den notwendigen Treppenraum oder den Fahrschacht eindringen können.

Der Abweichung wird insbesondere zugestimmt, weil es sich bei dem Ausgang im Bereich des Aufzugs mit Aufzugsschacht nicht um einen Rettungsweg handelt, so dass davon ausgegangen werden kann, dass der Abschluss im Brandfall geschlossen ist und seine brandschutztechnische Funktion erfüllt.

3.3 Abweichung von § 33 Abs.1 Satz 2 HBauO „Öffnung in einer Außenwand vor einer Außentreppe“

Bedingung

Den Ausführungen des Brandschützes wird gefolgt und die Abweichung wird unter folgenden Bedingungen erteilt.

Bedingungen

- Baulicher Schutz der Außentreppe im Brandfall:

- Es ist durch bauliche Maßnahmen sicherzustellen, dass die Außentreppe im Brandfall nicht durch Feuer gefährdet wird. Dies wird erreicht durch:
- Schutz der Treppe vor geschlossenen Wandscheiben aus feuerbeständigen und nicht brennbaren Baustoffen.
- Verwendung von Türen zur Außentreppe, die mindestens dicht- und selbstschließend sind.

- Brandschutzvorrichtungen an Fenstern:

- Die Fensteröffnung im Erdgeschoss (EG) ist mit der Brandschutzverglasung der Qualität **E190** auszustatten.
- Der Schließvorgang des Vorhangs muss frühzeitig bei einer Branderkennung ausgelöst werden.
- Ein entsprechender Verwendbarkeitsnachweis (Zustimmung im Einzelfall oder eine vorhabenbezogene Bauartgenehmigung) ist bei der zuständigen Fachbehörde einzuholen.

Zuständige Fachbehörde:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Amt für Bauordnung und Hochbau

ABH 31 - Referat für Bautechnik, Baubestimmungen, konstruktiver

Brandschutz

Nagelsweg 37-39

20097 Hamburg

Tel.: 040 / 428 40 – 2253

E-Mail: ABH31-Poststelle@BSW.Hamburg.de

- Sicherheit der Außentreppe bei Witterungseinflüssen:

- Da Außentreppen witterungsbedingt Regen, Schnee oder Hitze ausgesetzt sind, muss ihre sichere Begehbarkeit unter allen Witterungsbedingungen gewährleistet sein.

Genehmigungseinschränkungen (aufschiebende Bedingung)

4. Mit den entsprechenden Bauarbeiten darf erst begonnen werden, wenn über folgende Prüfgegenstände ein Ergänzungsbescheid erteilt worden ist:

4.1 Standsicherheit

Hierfür ist der erforderliche Nachweis gemäß § 14 der Bauvorlagenverordnung in der geltenden Fassung (BauVorIVO) zur Prüfung nachzureichen.

4.2 Nachweis des Wärmeschutzes und der Energieeinsparung

Hierfür sind die erforderlichen Bauvorlagen gemäß § 16 der Bauvorlagenverordnung in der geltenden Fassung (BauVorIVO) zur Prüfung nachzureichen.

Diese Einschränkungen verlängern nicht die Geltungsdauer der Genehmigung nach § 73 Absatz 1 HBauO.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der im Briefkopf bezeichneten Dienststelle einlegen (§ 70 VwGO).

Der Bescheid umfasst auch die

Anlage - bauordnungsrechtliche Auflagen und Hinweise

Anlage - abfallrechtliche Auflagen und Hinweise

Anlage - arbeitnehmerschutzrechtliche Auflagen und Hinweise

Anlage - bodenschutzrechtliche Auflagen und Hinweise

Anlage - immissionsschutzrechtliche Auflagen und Hinweise

Anlage - infektionsschutzrechtliche Auflagen und Hinweise

Anlage - luftverkehrsrechtliche Auflagen und Hinweise

Anlage - naturschutzrechtliche Auflagen und Hinweise

Anlage - sielanschlussrechtliche Auflagen und Hinweise

Unterschrift

Gebühr

Über die Gebühr ergeht ein gesonderter Bescheid.

Im Einzelfall werden weitere Gebühren in gesonderten Bescheiden gemäß § 1 Absatz 2 der Baugebührenordnung (BauGebO) in der geltenden Fassung erhoben.

Weitere Anlagen

Anlage - Statistikangaben zur Umsetzung des HmbTG

Anlage zum Bescheid

BAUORDNUNGSRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Bezirksamt Altona
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt
Jessenstraße 1 - 3
22767 Hamburg

Auflagen

Nutzungsbeginn

Mit der Anzeige über den Nutzungsbeginn sind folgende Unterlagen bei der Bauaufsichtsbehörde vorzulegen:

5. Bescheinigung nach § 51 HBauO in Verbindung mit § 15 Abs. 1 PVO eines behördlich anerkannten Prüfsachverständigen über die jeweils vollständig durchgeführte Prüfung folgender technischer Anlagen und Einrichtungen:

Alarmierungsanlage
Brandmeldeanlage
Lüftungsanlage
nichtselbsttätige Feuerlöschanlage
Starkstromanlage einschließlich der Sicherheitsstromversorgung

Bei Erstinbetriebnahme sowie bei einer Wiederinbetriebnahme nach wesentlichen Änderungen ist die Prüfung gemäß § 51 HBauO i. V. m. 15 Abs. 2 PVO durch die Bauherrin oder den Bauherren gemäß § 54 HBauO zu beauftragen.

Auf die Verpflichtung des Betreibers zur Veranlassung der wiederkehrenden Prüfungen der o.g. technischen Anlagen und Einrichtungen gemäß § 51 HBauO i. V. m. 15 Abs. 2 PVO wird hingewiesen.

Die Erstprüfung vor Inbetriebnahme und die wiederkehrenden Prüfungen der oben genannten Anlagen sind nach Prüfverordnung (PVO) durch behördlich anerkannte Prüfsachverständige regelmäßig durchzuführen und nachzuweisen (§ 51 HBauO in Verbindung mit PVO).

Brandschutz - Sicherheitsvorkehrungen

6. Die Anforderungen der HBauO § 33 Ziff. 8 in Verbindung mit dem BPD 02/ 2023 für die Rauchableitung in Treppenträumen sind einzuhalten. Hinweis: Den Ausführungen im Brandschutzkonzept wird grundsätzlich gefolgt.
7. Die Anforderungen der HBau(O) § 51 in Verbindung mit dem Bauprüfdienst Brandschutztechnische Anforderungen an Krankenhäuser (BPD 3/2016) Pkt 8.4 Rauchableitung aus notwendigen Fluren sind einzuhalten. Hinweis: Den Ausführungen im Brandschutzkonzept wird grundsätzlich gefolgt.

Technische Gebäudeausrüstung

8. Die Vorgaben der Muster-Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Lüftungsanlagen (Muster-Lüftungsanlagen-Richtlinie M-LüAR) Stand: 2005-09,

Redaktionsstand 03.09.2020 sind einzuhalten. Hinweis: Den Ausführungen im Lüftungsgesuch wird grundsätzlich gefolgt.

9. Insbesondere hinsichtlich Abschnitt 5.1.3 MLüAR Anforderungen an die Verhinderung von Übertragung von Rauch in Zuluftanlagen. Die Übertragung von Rauch über die Außenluft ist durch Brandschutzklappen, Rauchschutzklappen oder eine geeignete Anordnung der Außenluft zu verhindern.
10. Insbesondere hinsichtlich Abschnitt 5.2.1.2. Anforderungen an Durchführungen durch feuerbeständige, raumabschließende Bauteile: Leitungsabschnitte, die brandschutztechnisch zu trennende Abschnitte überbrücken, sind in der höchsten vorgeschriebenen Feuerwiderstandsfähigkeit der durchdrungenen Raum abschließenden Bauteile auszuführen; andernfalls sind Absperrvorrichtungen in den Bauteilen vorzusehen.
11. Insbesondere hinsichtlich der Abschnitte 5.1.5 sowie 5.2.1.: Es sind an allen ein- und ausführenden Lüftungsleitungen in Schächten an den Durchtrittsstellen bzw. bei Leitungsabschnitten, die brandschutztechnisch zu trennende Abschnitte überbrücken, Brandschutzklappen vorzusehen.
12. Insbesondere hinsichtlich Abschnitt 5.2.3 brandschutztechnische Anforderungen an Leitungsabschnitten im Freien, die von Brandgasen durchströmt werden können.
13. Insbesondere hinsichtlich Abschnitt 6.3 brandschutztechnische Anforderungen an Wärmerückgewinnungsanlagen. Eine Brandübertragung ist zwischen Zu- und Abluft durch installationstechnische Maßnahmen auszuschließen.
14. Die Anforderungen der Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen VV-TB (Stand 24.10.2023), insbesondere an Lüftungsanlagen unter Punkt 6 im Anhang 14 sind anzuwenden.
15. Nachfolgende, festgestellte Sachverhalte, die ggf. nicht den bauordnungsrechtlichen Anforderungen entsprechen (weil sie z.B. den Bauvorlagen nicht oder nicht eindeutig entnommen werden können oder nicht hinreichend beschrieben sind) sind vom Bauantragsteller zu prüfen und ggf. den bauordnungsrechtlichen Anforderungen anzupassen. Eine Wiedervorlage der Bauvorlagen ist nicht erforderlich. Die Aufzählung ist beispielhaft und nicht abschließend:
 - Im Erdgeschoss fehlen ggf. Brandschutzklappen in einigen feuerhemmenden Flurwänden. Eine Überprüfung und Abgleich mit dem Brandschutzplan ist erforderlich.
 - Leitungen im Bestand EG werden an verschiedenen Stellen an das Leitungsnetz im 1.OG angeschlossen. Es sind nicht überall Brandschutzklappen in den Decken erkennbar bzw. dargestellt.
16. Die in den technischen Baubestimmungen VV TB – A 2.2.1.8 Musterleitungsanlagenrichtlinie – MLAR Brandschutz von Leitungsanlagen, Fassung 10.02.2015, Redaktionsstand 03.09.2020, festgelegten brandschutztechnischen Anforderungen an elektrische Leitungsanlagen sind zu beachten, und zwar bei der Installation in Treppenträumen und deren Verbindungswegen ins Freie sowie in notwendigen Fluren (Abschnitt 3 der Richtlinien), der Führung von Leitungen durch Wände und Decken, an deren Feuerwiderstand Anforderungen gestellt werden (Abschnitt 4 der Richtlinien) und dem Erhalt der Funktion der Leitungsanlagen von notwendigen Sicherheitseinrichtungen (Abschnitt 5 der Richtlinien) (§§ 3 Abs. 3 und 43a Abs. 1 HBauO)
17. Die Räume für die Niederspannungshauptverteiler und Gebäudehauptverteiler der allgemeinen Stromversorgung (AV) und Sicherheitsstromversorgung (SV) müssen von anderen Räumen durch feuerbeständige Wände und Decken abgetrennt sein. Zugangstüren müssen mindestens feuerhemmend sein. (§ 43a Abs. 1 HBauO)

18. Der elektrische Betriebsraum für Transformatoren (und Schaltanlagen für Nennspannungen über 1 kV) muss den Abschnitten 5, 6 und 7 des Bauprüfdienstes „Anforderungen an den Bau von Betriebsräumen für elektrische Anlagen“ BPD 1/2010 genügen. (§ 43a Abs. 1 HBauO)
19. Elektrisch betätigte notwendige Sicherheitseinrichtungen, die bei Ausfall der allgemeinen Stromversorgung weiterbetrieben werden müssen (z.B. Wasserdruckerhöhungsanlagen zur Löschwasserversorgung und Anlagen zur Abführung von Rauch und Wärme im Brandfall), sowie Einrichtungen, die dem Weiterbetrieb dienen, sind an die Sicherheitsstromversorgungsanlage anzuschließen. (§ 51 HBauO)
20. Rettungswege, Patientenzimmer und Räume für die Untersuchung und Behandlung müssen eine Sicherheitsbeleuchtung haben (BPD 3/2016). Sicherheitsbeleuchtung ist entsprechend DIN VDE 0100 Teil 710 zu installieren. Diese sollte auch die Sicherheitszeichen beleuchten, wenn diese nicht ausreichend beleuchtet sind. In Rettungswegen müssen die elektrischen Leuchten wechselweise auf die Stromversorgung für Sicherheitszwecke geschaltet sein. (§ 51 HBauO)
21. Die erforderlich werdenden Hinweise auf Ausgänge und Rettungswege, die als Sicherheitsbeleuchtungsleuchten ausgeführt sind, müssen in Dauerschaltung betrieben werden. (§ 51 HBauO)
22. Es ist eine Blitzschutzanlage entsprechend der Norm und VDE - Richtlinie „Blitzschutzanlage“ DIN EN 62305 / VDE 0185-305 zu erstellen bzw. zu erweitern. (§ 43a Abs. 2 HBauO)
23. Nachfolgende, festgestellte Sachverhalte, die ggf. nicht den bauordnungsrechtlichen Anforderungen entsprechen (weil sie z.B. den Bauvorlagen nicht oder nicht eindeutig entnommen werden können oder nicht hinreichend beschrieben sind) sind vom Bauantragsteller zu prüfen und ggf. den bauordnungsrechtlichen Anforderungen anzupassen. Wiedervorlage der Bauvorlagen ist nicht erforderlich. Die Aufzählung ist beispielhaft und nicht abschließend:
 - Die erforderlich werdenden Schottungen bei Führungen von Leitungen durch Wände und Decken sind in den Elektroplänen nicht oder nicht eindeutig erkennbar.

Hinweise

24. Der Beginn der Ausführung ist der Bauaufsichtsbehörde spätestens eine Woche vorher mitzuteilen (§ 72a Abs. 4 HBauO).
Bitte verwenden Sie dafür den Vordruck auf der Internetseite <https://www.hamburg.de/formulardownload/103154/formulare-bauaemter.html> oder reichen die Information über den Onlinedienst "Anzeige Bau-, Abbruch- und Wiederaufnahmebeginn" <https://serviceportal.hamburg.de/HamburgGateway/Service/List?id=502> elektronisch ein.
25. Die Bauherrin oder der Bauherr hat die beabsichtigte Aufnahme der Nutzung mindestens zwei Wochen vorher der Bauaufsichtsbehörde anzuzeigen.
Dies gilt nicht für die Beseitigung von Anlagen und die Errichtung von nicht baulichen Werbeanlagen (§ 77 Abs. 2 HBauO).
26. Weitere Hinweise, Merkblätter und Broschüren für Ihre Bauausführung finden Sie unter dem Link:
<https://www.hamburg.de/baugenehmigung/583468/start-merkblaetter.html>

Anlage zum Bescheid

ABFALLRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Stadtreinigung Hamburg
Technik Bau
Bullerdeich 19
20537 Hamburg
Tel.Nr.: +494025761731

E-Mail: Baugenehmigungsverfahren@Stadtreinigung.Hamburg

Auflagen

Anschluß- und Benutzungspflicht:

27. Es besteht weiterhin Anschluß- und Benutzungspflicht (§ 11 (1) Hamburgischen Abfallwirtschaftsgesetzes, HmbAbfG in Verbindung mit § 13 (1) KrW-/AbfG) für das Grundstück.

Standplätze:

28. Gemäß § 43 (2) der HBauO müssen Standplätze mindestens 5 m entfernt vor Öffnungen von Aufenthaltsräumen sein. Der Abstand darf bis auf 2 m verringert werden, wenn Behälter in Müllbehälterschränken untergebracht werden.

Abfallmengen - Gewerbe:

29. Entsprechend § 5 (4) AbfBenVO ist für Benutzungseinheiten gemäß § 3 Absatz 3 Nummer 2 ein bedarfsgerechtes Abfallbehältervolumen vorzuhalten, im Regelfall wöchentlich 120 Liter für Restmüll.

Ausschluss von Abfällen - Krankenhaus:

30. Gemäß § 4 Absatz 1 und 2 des Hamburgischen Abfallwirtschaftsgesetzes (HmbAbfG) und der Verordnung über den Ausschluss von Abfällen von der Entsorgung durch den öffentliche-rechtlichen Entsorgungsträger (AbfAusschlussVO) sind Abfälle bzw. Sonderabfälle, die in der Ausschlussliste in der Anlage 1 aufgeführt sind, von der Entsorgung durch die Stadtreinigung Hamburg (SRH) ausgeschlossen. Hier Anlage 1, Punkt 18 Abfälle aus der humanmedizinischen oder tierärztlichen Versorgung und Forschung (ohne Küchen- und Restaurantabfälle, die nicht aus der unmittelbaren Krankenpflege stammen)

Getrennte Erfassung von Wertstoffen (Gewerblich):

31. Gemäß § 3 GewAbfV (Gewerbeabfallverordnung vom 18.04.2017), haben Erzeuger und Besitzer von gewerblichen Siedlungsabfällen die folgenden Abfallfraktionen jeweils getrennt zu sammeln, hier u.a. 1. Papier, Pappe und Karton... und 3. Kunststoffe.

Größe / Ausstattung der Standplätze / Müllräume:

32. Die Stadtreinigung ist mit der Weiter-/Mitnutzung der vorhandenen Abfall- und Wertstoffbehälter (u.a. Presscontainer) nur dann einverstanden, wenn die krankenhausspezifischen Abfälle separat gesammelt und entsorgt werden.

Hinweise

33. Sollte sich aufgrund der Nutzungsänderung die Abfallmenge erhöhen, so ist die Anzahl und Art der Abfallbehälter der neuen Nutzung anzupassen.

Anlage zum Bescheid

ARBEITNEHMERSCHUTZRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

BJV Amt für Arbeitsschutz
Billstraße 80, 20539 Hamburg
arbeitnehmerschutz@bgv.hamburg.de

Auflagen

34. Es dürfen nur solche Räume als Arbeitsräume betrieben werden, die möglichst ausreichend Tageslicht erhalten und eine Sichtverbindung nach außen haben. Die Anforderung an die Beleuchtung für alle Räume und Tätigkeitsbereiche ist entsprechend der Technischen Regel für Arbeitsstätten: ASR A3.4 „Beleuchtung und Sichtverbindung“ vorzunehmen (§ 3a Abs1 ArbStättV, Nr. 3.4 Anhang zur ArbStättV i. V. m. Nr. 5.2 Abs. 1 und Anhang 1 ASR A3.4 „Beleuchtung“).*
35. Die Fenster / Glasflächen im Gebäude gewährleisten den Tageslichteinfall sowie die Sichtverbindung nach außen und dürfen nicht foliert, beklebt oder mit Einrichtungsgegenständen wie Geräten, Maschinen, Regalen... zugestellt werden. (§ 3a Abs.1 ArbStättV, Nr. 3.4 Anhang zur ArbStättV i. V. m. Nrn. 4.2 und 5.1 ASR A3.4 „Beleuchtung und Sichtverbindung“)
36. Den Beschäftigten sind leicht erreichbare Händewaschplätze mit fließendem warmem und kaltem Wasser, Direktspender für Händedesinfektionsmittel, hautschonende Waschmittel, geeignete Hautschutz- und -pflegemittel und Einmalhandtücher zur Verfügung zu stellen. (§ 9 BioStoffV i. V. m. Nr. 4.1.1 (1) Technische Regeln für Biologische Arbeitsstoffe im Gesundheitswesen und in der Wohlfahrtspflege - TRBA 250)
37. Die Handwaschplätze für das Pflegepersonal in den Pflegebereichen sind mit Armaturen auszustatten, die ohne Handberührung bedienbar sind. Hierfür kommen z. B. haushaltsübliche Einhebelmischbatterien mit verlängertem Hebel (Handgelenkbedienung) in Frage. (§ 9 BioStoffV i. V. m. Nr. 4.1.1 (2) Technische Regeln für Biologische Arbeitsstoffe im Gesundheitswesen und in der Wohlfahrtspflege - TRBA 250)
38. Den Beschäftigten sind gesonderte, für Patienten nicht zugängliche Toiletten zur Verfügung zu stellen. (§ 9 BioStoffV i. V. m. Nr. 4.2.2 (1) Technische Regeln für Biologische Arbeitsstoffe im Gesundheitswesen und in der Wohlfahrtspflege - TRBA 250)
39. In den Umkleibereichen ist den Beschäftigten die Möglichkeit zur getrennten Aufbewahrung von getragener Schutzkleidung/Arbeitskleidung und anderer Kleidung (Straßenkleidung) einzurichten. Das kann z. B. durch Verwendung von Doppelspinden oder sog. Z-Garderobenschränken ermöglicht werden. (Ziffer 4.1 Anhang zur ArbStättV und Nr. 4.1.8 Technische Regeln für Biologische Arbeitsstoffe im Gesundheitswesen und in der Wohlfahrtspflege - TRBA 250)
40. In Arbeitsbereichen, in denen der verstärkte Einsatz von Desinfektionsmitteln vorkommen kann, muss die Lüftungstechnik sich an der dauerhaft sicheren Einhaltung von Grenzwerten für Gefahrstoffe in der Atemluft von Arbeitnehmern orientieren. (§§ 8, 9 u. 10 GefStoffV)
41. Wenn Ultraschallbäder zur Grobreinigung von Instrumenten, insbesondere bei verklebtem, angetrocknetem Material zur Anwendung kommen, sind diese zur Vermeidung von Aerosolen technisch abzusaugen oder abzudecken. (Nr. 4.2.3 Technische Regeln für Biologische Arbeitsstoffe im Gesundheitswesen und in der Wohlfahrtspflege - TRBA 250)

42. Für die Lagerung von Gasen unter Druck, z. B. in Druckgasbehältern, muss ein Lagerraum vorhanden sein. Diese müssen dann von angrenzenden Räumen feuerhemmend getrennt sein und ausreichend be- und entlüftet werden (bei natürlicher Lüftung unmittelbar ins Freie mit Lüftungsöffnungen 1/100 der Raumgrundfläche). (§§ 8, 9 u. 10 GefStoffV i. V. m. Nr. 10 Technische Regeln für Gefahrstoffe -TRGS 510- „Lagerung von Gefahrstoffen in ortsbeweglichen Behältern“)
43. Aufstellungsräumen für Sterilisatoren muss ausreichend Frischluft zugeführt werden. Die dafür erforderliche Mindestluftmenge und Strömungsführung ist nach den örtlichen Gegebenheiten, welche die Luftführung und -strömung beeinflussen können, im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung zu ermitteln und festzulegen. (§ 8 Abs. 1 GefStoffV i. V. m. Ziff. 5.4.3 Technische Regeln für Gefahrstoffe -TRGS- 513 „Begasungen mit Ethylenoxid und Formaldehyd in Sterilisations- und Desinfektionsanlagen“)
44. In den Arbeitsräumen mind. auf der Gebäude-Südseite ist zu erwarten, dass im Sommer eine Raumtemperatur von über +26° C erreicht wird. Daher müssen die Fenster/ Oberlichter/ Ganzglaswände mit geeigneten Sonnenschutzsystemen ausgerüstet werden. (§ 3a ArbStättV, Nr. 3.5 Anhang zur ArbStättV i. V. m. Nr. 4.3 Abs. 2 ASR A3.5 „Raumtemperatur“). Als Sonnenschutzeinrichtungen kommen insbesondere in Betracht außenliegende Sonnenschutzjalousien, drehbare Lamellen oder Markisen. Wärmeschutzglas ist nur in Verbindung mit einem besonderen Blendschutz, z.B. Lamellenstores, zulässig und nur dann, wenn aufgrund der Art und Ausführung des Gebäudes kein unzulässiger Wärmestau in den Räumen auftreten kann.

Dächer:

45. Aufgrund der durchzuführenden Arbeiten auf dem Dach (z.B. Wartung und Reinigung an der raumlufttechnischen Anlage), sind geeignete und sichere Dachzugänge (bei Neubauten/Aufstockung fest installiert Treppen) zu schaffen, damit die dortigen Arbeitsplätze sicher erreicht und verlassen werden können (§ 3a Abs. 1 ArbStättV, Nr. 3.2 Anhang zur ArbStättV)
46. Da auf dem Dach der Gebäude Arbeiten durchgeführt werden müssen, sind vorrangig technische Maßnahmen gegen Absturz zu treffen entsprechend der Rangfolge der Schutzmaßnahmen nach ASR A2.1 Nr. 4.2 (§ 3a Abs. 1 ArbStättV, Nr. 2.1 Anhang zur ArbStättV, Nr. 7 ASR A2.1 „Schutz vor Absturz und herabfallenden Gegenständen, Betreten von Gefahrenbereichen“)
47. Müssen nicht-durchtrittssichere Dächer begangen werden, sind dafür sicher ausgeführte Verkehrswege zum Arbeitsbereich bzw. zu den Arbeitsplätzen zu schaffen. Dies können 0,50m breite Laufstege sein, die den zu erwartenden Lasten (Arbeitsmittel und Beschäftigte) sicher standhalten und beidseits umwehrt sind oder – wenn aufgrund der auszuführenden arbeiten nicht anders möglich – einseitig umwehrt und Anschlagseinrichtungen für den Einsatz von PSaGA ausgestattet sind. (§ 3a Abs. 1 ArbStättV, Nr. 3.2 Anhang zur ArbStättV, Nr. 2.1 Anhang zur ArbStättV, Nr. 7.1 ASR A2.1 „Schutz vor Absturz und herabfallenden Gegenständen, Betreten von Gefahrenbereichen“).
48. Lichtkuppeln und Lichtbänder, die konstruktiv nicht durchtrittssicher sind, müssen mit geeigneten Umwehungen, Überdeckungen oder Unterspannungen ausgeführt sein, die ein Durchstürzen von Beschäftigten verhindern. Für Arbeiten und Verkehrswege im Gefahrenbereich (Abstand = 2,0 m) von nicht durchtrittssicheren Lichtkuppeln und Lichtbändern im Bestand ist sicherzustellen, dass durch Absperrungen oder Abdeckungen ein Absturz verhindert wird. Auf Unterspannungen, Überdeckungen oder Absperrungen kann verzichtet werden, wenn der Aufsatzkranz des nicht durchtrittssicheren Bauteils, z. B. der Lichtkuppel, mindestens 0,50 m über die Dachfläche hinausragt. (§ 3a Abs. 1 ArbStättV, Nr. 3.2 Anhang zur ArbStättV, Nr. 2.1 Anhang zur ArbStättV, Nr. 7.1 ASR A2.1 „Schutz vor Absturz und herabfallenden Gegenständen, Betreten von Gefahrenbereichen“).

49. Die Verkehrswege auf dem Dach zu Wartungs-, Inspektions- und Reparaturarbeiten sind so zu beleuchten und deutlich und dauerhaft zu kennzeichnen, dass diese auch in der dunklen Jahreszeit sicher begangen werden können. D.h. es ist eine Mindestbeleuchtungsstärke von 5 lx zu gewährleisten. (§§3a,4 ArbStättV, ASR A3.4 "Beleuchtung" Ziff. 6, Anhang 2, ASR A1.3 Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung Ziff. 5).

Hinweise

50. * a) Gemäß § 3a Absatz 1 ArbStättV in Verbindung mit Nummer 3.4 Absatz 1 des Anhangs der ArbStättV darf der Arbeitgeber nur solche Räume als Arbeitsräume betreiben, die eine Sichtverbindung nach außen haben. Im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung nach § 3 ArbStättV sind deshalb alle Möglichkeiten zu prüfen, diese Anforderung umzusetzen, das Ergebnis ist in der Dokumentation der Gefährdungsbeurteilung festzuhalten. Die Inanspruchnahme von Ausnahmen kann daher nur im Rahmen der o.g. Dokumentation zur Gefährdungsbeurteilung gem. ArbStättV erfolgen.
- *b) Gem. „LASI-Leitlinien zur Arbeitsstättenverordnung“- LV 40 sind neu: „Arbeitsplätze als „Bereiche, in denen Beschäftigte im Rahmen ihrer Arbeit tätig sind“ definiert. „Es ist unerheblich, ob die Arbeitsaufgabe durchgehend von einem Beschäftigten erledigt wird oder mehrere Beschäftigte nacheinander diesen Bereich zur Verrichtung ihrer Arbeitsaufgabe aufsuchen müssen.“ Der Zeitanteil des Aufenthalts entfällt weites gehend. Infolge dessen zählen nunmehr alle Arbeitsbereiche in denen Mitarbeiter regelmäßig (und somit dauerhaft) tätig sind als Arbeitsplätze im Sinne der ArbStättV und dem LV40 und müssen somit über ausreichend Fenster/Sichtverbindungen ins Freie/ Tageslicht verfügen.

Anlage zum Bescheid

BODENSCHUTZRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt

- Technischer Umweltschutz –

E-Mail: Umweltschutz@Altona.Hamburg.De

Auflagen

51. Das geplante Bauvorhaben liegt gemäß dem Fachinformationssystem Bodenschutz/Altlasten, dem Altlasthinweiskataster der Freien und Hansestadt Hamburg nicht im Bereich einer Altlast, altlastverdächtigen Fläche, schädlichen Bodenveränderung, Verdachtsfläche und/oder eines Grundwasserschadens.

Gegen das Bauvorhaben bestehen aus Sicht des Bodenschutzes und der Flächensanierung keine Bedenken, wenn nachfolgende Anforderungen berücksichtigt werden:

Es ist sicherzustellen, dass bei der Herrichtung von unversiegelten Freiflächen der Oberboden für die sensible Nutzung geeignet ist.

Für die Herstellung einer neuen durchwurzelbaren Bodenschicht sowie das Auf- und Einbringen von Materialien auf oder in den Boden gilt der § 12 der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV). Eventuell anfallendes Aushubmaterial ist entsprechend dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrWG) vom Bauherrn ordnungsgemäß und schadlos zu entsorgen.

Hinweise

52. Auf das Merkblatt Bodenschutz beim Bauen vom August 2014 und den Bauprüfdienst Mutterbodenschutz wird hingewiesen.

Anlage zum Bescheid

IMMISSIONSSCHUTZRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt
Technischer Umweltschutz –VS31-
E-Mail: umweltschutz@altona.hamburg.de

Vorschriften:

Bei der Ausführung und dem Betrieb der Anlage sind folgende Vorschriften einzuhalten:

- die Vorschriften der §§ 22 - 25 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) über nicht genehmigungsbedürftige Anlagen
- die Vorschriften der aufgrund von § 23 erlassenen Rechtsverordnungen

Auflagen

Allgemein:

53. Der o.a. Betrieb einschl. aller Nebeneinrichtungen ist so zu errichten, zu führen und zu unterhalten, dass gem. § 22 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) schädliche Umwelteinwirkungen nicht zu befürchten sind. Insbesondere ist dafür zu sorgen, dass die Allgemeinheit und die Nachbarschaft weder durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Umwelteinwirkungen gefährdet, erheblich beeinträchtigt oder erheblich belästigt werden.

Lärm:

54. Die gesamte Anlage ist so zu betreiben, dass durch den Lärmbeitrag der Anlage einschließlich aller Nebeneinrichtungen die Immissionsrichtwerte der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA-Lärm) vom 26.08.98 nicht überschritten werden.
Außenlärm:
Auf dem im Baustufenplan Ottensen als Kinderkrankenhaus ausgewiesenen Grundstück sind die Emissionen so zu beschränken, dass gem. TA-Lärm Pkt. 6.1 e und g folgende Immissionsrichtwerte an den jeweiligen Immissionsorten auf dem Gelände eingehalten werden:

tags 45 dB(A), in der Zeit von 6.º - 22.º Uhr,

nachts 35 dB(A), in der Zeit von 22.º - 6.º Uhr.

Ruhezeitenregelung: Zuschlag von 6 dB(A) in folgenden Zeiten:

Werktags in der Zeit von 6.º - 7.º und 20.º - 22.º Uhr.

Sonn- und Feiertags: 6.º - 9.º, 13.º - 15.º und 20.º - 22.º Uhr.

Auf den Grundstücken im Umkreis der Klinik, als Wohngebiet ausgewiesen, sind gem. TA-Lärm Pkt. 6.1 e folgende Immissionsrichtwerte an den jeweiligen Immissionsorten einzuhalten:

tags 55 dB(A), in der Zeit von 6.º - 22.º Uhr,

nachts 40 dB(A), in der Zeit von 22.º - 6.º Uhr.

Ruhezeitenregelung: Zuschlag von 6 dB(A) in folgenden Zeiten:

Werktags in der Zeit von 6.º - 7.º und 20.º - 22.º Uhr.

Sonn- und Feiertags: 6.º - 9.º, 13.º - 15.º und 20.º - 22.º Uhr.

Beschwerden:

Bei berechtigten Anwohnerbeschwerden ist durch ein schalltechnisches Gutachten von einer nach § 29 b BImSchG benannten Stelle der Nachweis über die Einhaltung der o.g. Immissionsrichtwerte zu erbringen. Als Messpunkte werden die zwei am nächsten gelegenen Immissionsorte festgelegt. Dem Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt - Technischer Umweltschutz - ist Gelegenheit zu geben, an der Messung teilzunehmen. Der Betreiber trägt die Kosten für den Nachweis.

Licht:

55. Die Vorgaben der Licht-Richtlinie sind zu beachten und umzusetzen. Unter Berücksichtigung der nächstliegenden Wohnbebauung ist eine direkte Blendung und eine erhebliche Belästigung durch Raumaufhellung, verursacht von den Beleuchtungskörpern, zu vermeiden (§ 22 BImSchG).

Schädliche Umwelteinwirkungen liegen dann vor, wenn die Nachbarschaft oder die Allgemeinheit erheblich durch Lichteinwirkungen belästigt wird. Als Maßstäbe zur Beurteilung der Lästigkeitwirkung sind die vom Länderausschuss für Immissionsschutz (LAI) verabschiedeten "Hinweise zur Messung, Beurteilung und Minderung von Lichtimmissionen" (13.09.2012) (folgend: Hinweise) heranzuziehen. Eine erhebliche Belästigung i.S. des § 5 Abs. 1 Nr. 1 oder des § 22 Abs. 1 BImSchG tritt in der Regel auf, wenn die dort angegebenen Immissionsrichtwerte überschritten werden. Die Belästigung entsteht u.a. durch die ständige und ungewollte Ablenkung der Blickrichtung zur Lichtquelle hin, die bei großem Unterschied der Leuchtdichte der Lichtquelle zur Umgebungsleuchtdichte eine ständige Umadaptation des Auges auslöst. Für die Störwirkung sind daher die Leuchtdichte L_s der Blendlichtquelle, die Umgebungsleuchtdichte L_u und der Raumwinkel Ω , aus Sicht des Betroffenen (Immissionsort) gesehen, maßgebend.

Mess- und Beurteilungsgröße für die Raumaufhellung ist die nach diesen "Hinweisen" gemessene mittlere Beleuchtungsstärke E_F am Immissionsort. Die mittlere Beleuchtungsstärke E_F soll die jeweiligen in der Tabelle I der "Hinweise" festgelegten Immissionsrichtwerte nicht überschreiten. Für die hier vorliegende Ausweisung „Wohngebiet“ am Immissionsort gelten folgende Anforderungen:

Tabelle I

Immissionsort (Einwirkungsort) Beleuchtungsstärke E_F in lx

Gebietsart nach BauNVO 6 - 22 Uhr 22 - 6 Uhr

Wohngebiet 3 1

Tabelle 2

Proportionalitätsfaktor k zur Festlegung der maximal zulässigen mittleren Leuchtdichte

L_{max} technischer Lichtquellen während der Dunkelstunden

Immissionsort (Einwirkungsort) Proportionalitätsfaktor k

Gebietsart nach BauNVO 6-20 Uhr 20-22 Uhr 22-6 Uhr

Wohngebiet 96 64 32

Die Einhaltung der Anforderungen ist durch einen Sachverständigen zu bestätigen. Das Gutachten ist dem Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt - Technischer Umweltschutz - vor Inbetriebnahme der Anlage vorzulegen. Die Inbetriebnahme der Beleuchtungsanlage darf erst nach Freigabe durch das Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt - Technischer Umweltschutz - erfolgen. Der Betreiber trägt die Kosten für den Nachweis.

Abfall:

56. Für die nach Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) nicht überwachungspflichtigen Abfälle gilt: Die Anlagen sind so zu betreiben, dass die Entstehung von Abfällen nach Möglichkeit vermieden wird und die beim Betrieb der Anlagen unvermeidbar entstehenden Reststoffe ordnungsgemäß und schadlos verwertet oder - soweit dies technisch nicht möglich oder wirtschaftlich vertretbar ist - als Abfälle ordnungsgemäß beseitigt werden. (§ 22 BImSchG i. V. m. KrWG)

Anlage zum Bescheid

INFEKTIONSSCHUTZRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt
- Technischer Umweltschutz -
Umweltschutz@altona.hamburg.de

Bezirksamt Altona

Behringstraße 122
22763 Hamburg
Tel.Nr.:
Fax-Nr.:
E-Mail: bauantraege-ga@altona.hamburg.de

Vorschriften:

Bei der Planung, Bauausführung und dem Betrieb der Gebäudeerweiterung sind folgende Gesetze und Vorschriften zu beachten:

- Infektionsschutzgesetz (IfSG), hier §§ 37-41
- Trinkwasserverordnung (TrinkwV)

Auflagen

57. Die Anforderungen der Trinkwasserverordnung müssen an den Entnahmearmaturen der Trinkwasserinstallation erfüllt werden (§ 10 TrinkwV). Beim Bau und Betrieb der Trinkwasserinstallation sind die allgemein anerkannten Regeln der Technik einzuhalten (§ 5 Nummer 1 und § 13 Absatz 1 TrinkwV). Hier insbesondere: DIN EN 806, DIN EN 1717, DIN 1988, VDI 6023 sowie DVGW Arbeitsblatt W 551. Verantwortlich ist der Betreiber der Anlage.
58. Dem Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt sind vor Aufnahme des Betriebes Befunde zur Beschaffenheit des Wassers gemäß Trinkwasserverordnung vorzulegen. Der Untersuchungsumfang beinhaltet die mikrobiologischen Parameter E.Coli, Enterokokken, Koloniezahl bei 22° und 36°C, coliforme Bakterien, Pseudomonas Aeruginosa sowie die sogenannten Leitungsparameter Blei, Kupfer, Nickel (siehe Trinkwasserverordnung Anlage 1 Teil I, Anlage 2 Teil II und Anlage 3 Teil I). Die Trinkwasserproben sind mindestens an folgenden Stellen zu entnehmen (Raumbezeichnung laut Grundrissen vom 21.10.24):
- 1.OG - Raum 1.23 Warten/Aufenthalt - Küchenzeile – Spüle
 - 1.OG - Raum 1.05 Nephro 1 – Waschbecken
 - 2.OG - Raum 2.38 Verteilküche – Spüle
 - 2.OG - Raum 2.03.1 Bad – Waschbecken
 - 3.OG - Raum 3.25 Aufenthalt - Küchenzeile – Spüle
 - 3.OG - Raum 3.21 UZ – Waschbecken
 - 3.OG - Raum 3.05.1 Bad – Waschbecken
 - 3.OG - Raum 3.16.1 Bad – Waschbecken
- Eine Untersuchung auf Legionellen nach Trinkwasserverordnung Anlage 3 Teil II ist vorzulegen, wenn gemäß § 31 Absatz 1 eine Untersuchungspflicht vorliegt. Die Legionellenuntersuchung nach TrinkwV § 31 ist zusammen mit dem oben genannten Trinkwasseruntersuchungsbefund beim Fachamt einzureichen. Der Probenahmeumfang der Legionellenuntersuchung ist nach TrinkwV § 42 Absatz 2 Nummer 2 sowie DVGW Arbeitsblatt W 551 festzulegen.

59. Bei der Planung, Bauausführung und dem Betrieb des Krankenhauses sind folgende Gesetze und Vorschriften zu beachten:
Infektionsschutzgesetz (IfSG)
Hamburger Verordnung über die Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen (HmbMedHygVO)
Hamburgisches Gesundheitsdienstgesetz (HmbGDG)
RKI-Richtlinien des Robert-Koch-Institutes für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention
TRBA 250 – Biologische Arbeitsstoffe im Gesundheitswesen und in der Wohlfahrtspflege
TRBA 100 – Schutzmaßnahmen für Tätigkeiten mit biologischen Arbeitsstoffen in Laboratorien
Medizinproduktegesetz (MPG)
Medizinprodukte-Betreiberverordnung
DIN 1946-4:2018-09 – Raumluftechnik - Teil 4: Raumluftechnische Anlagen in Gebäuden und Räumen des Gesundheitswesens
VDI 6022 Blatt 1 (Raumluftechnik, Raumlufqualität - Hygieneanforderungen an raumluftechnische Anlagen und Geräte)
60. Die Hinweise und Empfehlungen der fachhygienischen Bewertung durch das Institut für Hygiene und Umwelt vom 15.01.2025 von Herrn Dr. med. A. Martensen und Dr. med. P. Gudowius sind zu prüfen und sollten berücksichtigt werden.
61. In allen Räumen, in denen diagnostische oder invasive Maßnahmen bzw. Arbeiten durchgeführt werden (Schutzstufe 2, TRBA 250), sind dem Personal leicht erreichbare Händewaschplätze mit fließendem Kalt- und Warmwasser und fest installierten Direktspendern für Flüssigseife, Händedesinfektionsmittel und Einmalhandtuchspender mit Abwurf zur Verfügung zu stellen. In Schutzstufe 2 sind die Handwaschbecken mit Armaturen zu versehen, welche ohne Handberührungen bedienbar sind. Es wird empfohlen generell handfrei bedienbare Wasserarmaturen einzubauen (z.B. handelsübliche Einhebelmischarmatur). Die Waschbecken sollten weder Überläufe noch direkt in den Siphon gerichtete Wasserstrahle haben (TRBA 250 Ziffer 4.1.1, KRINKO Empfehlung Händehygiene in Einrichtungen des Gesundheitswesens Ziffer 5.1).
62. Für das Personal ist ein Pausenraum, bei Bedarf auch mit Möglichkeiten zur Aufbewahrung von Speisen und Getränken zum Eigenverzehr, vorzusehen. (TRBA 250 Ziffer 4.1.6).
63. Für das Personal sind gesonderte, für Patienten nicht zugängliche Toiletten auszuweisen bzw. zur Verfügung zu stellen und mit einem kompletten Händewaschplatz auszustatten (TRBA 250 Ziffer 4.1.1 und 4.2.2).
64. Der Wechsel der persönlichen Kleidung gegen die Berufskleidung muss in einem gesonderten Umkleieraum erfolgen. Dabei muss die räumliche Trennung der persönlichen Kleidung von sauberer und benutzter Berufskleidung möglich sein. Aufenthalts- und Umkleieräume dürfen nur zweckgebunden genutzt werden. (TRBA 250 Ziffer 4.1.8).
65. Für die benötigten Materialien sind adäquate Lagermöglichkeiten vorzuhalten. Reine und sterile Medizinprodukte sind staub- und lichtgeschützt und getrennt von unreinen Materialien aufzubewahren. Die Lagerkapazitäten sind den spezifischen Bedürfnissen der einzelnen Bereiche etc. in ausreichender Grundfläche zu berücksichtigen und entsprechend einzurichten (KRINKO Empfehlung Anforderungen an die Hygiene bei der Aufbereitung von Medizinprodukten Ziffer 3).
66. Für Räume, in denen diagnostische oder invasive Maßnahmen stattfinden, sind ausreichend große, freie Arbeitsflächen zur Bereitstellung und Herrichtung des Zubehörs zu berücksichtigen (KRINKO Empfehlung Anforderungen an die Hygiene bei Punktionen und Injektionen Ziffer 5).

67. Alle Einrichtungen, Bodenbeläge, Wände und sonstigen hygienisch relevanten Flächen müssen leicht zu reinigen und beständig gegen die verwendeten Reinigungsmittel und ggf. Desinfektionsmittel sein, d.h. möglichst eben, abwischbar und fugendicht sein. (TRBA 250 Ziffer 4.1.4, 4.2.1, 4.2.2, KRINKO Empfehlung Anforderungen an die Hygiene bei der Reinigung und Desinfektion von Flächen Ziffer 7).
68. Schränke sollten raumhoch sein und fußbodenläufig abschließen, um unzugängliche Flächen zu reduzieren. Heizkörper sollten so beschaffen sein, dass keine unzugänglichen Räume entstehen (KRINKO Empfehlung Anforderungen an die Hygiene bei der Reinigung und Desinfektion von Flächen Ziffer 7).
69. Es ist ein Hygieneplan zu erstellen, in dem die innerbetrieblichen Verfahrensweisen zur Infektionshygiene festgelegt werden (§ 23 IfSG, TRBA 250 Ziffer 4.1.5, KRINKO Empfehlung Anforderungen an die Hygiene bei der Reinigung und Desinfektion von Flächen Ziffer 8.2).
70. Zur Lagerung, z.B. der Hilfsmittel und Reinigungswagen, müssen Räume vorhanden sein (sog. Putzmittelräume). Räumlichkeiten für die Aufbewahrung von Reinigungs- und Desinfektionsutensilien müssen ausreichend groß bemessen und belüftbar sein. Wenn Putzmittelräume fensterlos sind, muss die Abluft abgeführt werden. Zur Aufbereitung gebrauchter Hilfsmittel müssen ausreichend groß bemessene, belüftbare Räume mit apparativer Ausstattung zur Aufbereitung einschließlich separater Trocknungsmöglichkeit (falls das nicht schon im Aufbereitungsprozess erfolgt) vorhanden sein. Der Aufbereitungsprozess muss so organisiert werden, dass unreine und reine Bereiche voneinander getrennt sind. Die aufbereiteten Hilfsmittel sind geschützt vor Kontamination (Trennung unreiner/ reiner Bereich) aufzubewahren. (KRINKO Empfehlung Anforderungen an die Hygiene bei der Reinigung und Desinfektion von Flächen Ziffer 7.1) ANMERKUNG: Ein Putzmittelraum kann auch für mehrere Funktionseinheiten genutzt werden. Zu beachten sind Risikobereiche zur Festlegung von Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen (KRINKO Empfehlung Anforderungen an die Hygiene bei der Reinigung und Desinfektion von Flächen Ziffer 4.1).
71. In erreichbarer Nähe ist ein Entsorgungsraum oder Entsorgungsbereich nachzuweisen. (KRINKO Empfehlung Prävention postoperativer Wundinfektionen Ziffer 4.3, Empfehlung Infektionsprävention im Rahmen der Pflege und Behandlung von Patienten mit übertragbaren Krankheiten Ziffer 3.3.4). ANMERKUNG: Die Räume Putzmittel-, Entsorgungsraum und Geräteaufbereitung unrein können grundsätzlich kombiniert werden. Eine ausreichende Grundfläche und Risikobereiche zur Festlegung von Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen müssen berücksichtigt werden (KRINKO Empfehlung Anforderungen an die Hygiene bei der Reinigung und Desinfektion von Flächen Ziffer 4).
72. Innen liegende Bäder und Toilettenräume ohne Außenfenster sind gemäß DIN 18017 mechanisch zu be- und entlüften.
73. Da die Neu- und Umbaumaßnahmen bei laufendem Krankenhausbetrieb stattfinden, ist grundsätzlich auf eine entsprechende Bauabschottung zu achten. Es wird dringend empfohlen, in allen an die Baustelle angrenzenden Bereichen, die der Patientenversorgung dienen, die Reinigungsfrequenz während der Bauphase zu erhöhen (KRINKO Empfehlungen Anforderungen an die Hygiene bei der Reinigung und Desinfektion von Flächen Ziffer 4, sowie Anforderungen an die Infektionsprävention bei der medizinischen Versorgung von immunsupprimierten Patienten Ziffer 2.1.15).
74. Die raumluftechnische Anlage soll nach DIN 1946-4:2018-09 (Raumluftechnische Anlagen in Gebäuden und Räumen des Gesundheitswesens) betrieben werden. Das Prüfprotokoll der Anlagenqualifizierung und Abnahmeprüfung ist dem Fachamt Gesundheit vor der Inbetriebnahme vorzulegen.

Die Anforderungen der VDI 6022 Blatt 1 hinsichtlich einer Hygiene-Erstinspektion ist zu berücksichtigen.

Hinweise

75. Die Ausstattung der hygienerelevanten Räume sollte grundsätzlich in Zusammenarbeit mit dem Krankenhaushygieniker und der Hygienefachkraft abgestimmt werden, um einen aus krankenhaushygienischer Sicht unbedenklichen Arbeitsablauf sicherzustellen.
76. Die Waschbecken der Patienten- und Besucher-WCs sollten mindestens mit Wandspender für Flüssigseife und Papierhandtücher zum einmaligen Gebrauch ausgestattet werden.
77. Die entsprechenden baulichen Anforderungen der BioStoffV und der zugehörigen Technischen Regeln für Biologische Arbeitsstoffe TRBA entsprechen den Forderungen des Fachamts Gesundheit, da die darin enthaltenen Schutzmaßnahmen gleichzeitig einen Schutz der Bevölkerung vor Krankheitserregern bewirken.
78. Beim Rückbau von Leitungssträngen der Trinkwasserinstallation ist darauf zu achten, dass keine stagnierenden Leitungsstränge zurückbleiben um eine Verkeimung der Hausinstallation zu verhindern.
79. Es wird auf die Einhaltung der DIN EN 806-5:2012-04 (Technische Regeln für Trinkwasser-Installationen - Teil 5: Betrieb und Wartung) sowie VDI 6023 (Hygiene in Trinkwasser-Installationen) verwiesen, insbesondere auf VDI 6023 Punkt 5.4.3 (Inbetriebnahme) sowie Tabelle 1 (Prüfparameter zum Nachweis der einwandfreien Beschaffenheit nach Befüllung). Trinkwasseranlagen oder Anlagenteile, die länger als drei Tage nicht genutzt werden, unterliegen bereits wasserhygienischen Anforderungen (Maßnahmen bei Betriebsunterbrechung). Bei selten genutzten Entnahmestellen ist ein Spülplan vorzusehen (sofern kein fachgemäßer Rückbau möglich ist).

Trinkbrunnen/Wasserspender:

80. Bei der Verwendung von Trinkbrunnen/Wasserspendern sind besondere Sicherheits- und Hygieneanforderungen zu beachten. Installationsgebundene Wasserspender müssen eigensicher nach DVGW Arbeitsblatt W 516 sein. Nutzen Sie nur Geräte, die über ein entsprechendes Prüfzertifikat des DVGW verfügen. Durch die an die Hausinstallation angeschlossene Anlagen und Apparate dürfen generell keine negativen Beeinträchtigungen für die Hausinstallation erfolgen. Eine qualifizierte Wartung ist durchzuführen und die Herstellerangaben zur Reinigung und Desinfektion von äußeren Geräteteilen während des laufenden Betriebes sowie zu regelmäßigen Spülmaßnahmen müssen eingehalten werden. Das Betreiben eines Trinkwasserspenders unterliegt lebensmittelrechtlichen Bestimmungen.

Anlage zum Bescheid

LUFTVERKEHRSRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Behörde für Wirtschaft und Innovation
Alter Steinweg 4
20459 Hamburg
Tel.Nr.: 040 428 41 1480
Fax-Nr.: 040 4279 41 034
E-Mail: baugenehmigung-wl@bwi.hamburg.de

Auflagen

81. Aufgrund der unmittelbaren Nähe zum An-/Ablugsektor 084°/264° ist die luftseitige Gebäudeoberkante mit einer Nachtkennzeichnung zu versehen.
Wir weisen bereits jetzt darauf hin, dass aufgrund der Lage und Höhe des Bauvorhabens damit zu rechnen ist, dass eventuell zum Einsatz kommende Kräne - die gesondert vorzulegen sind - die Hindernisfreiflächen durchdringen.

Anlage zum Bescheid

NATURSCHUTZRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Bezirksamt Altona
WBZ 4 – Naturschutz
Jessenstraße 1-3
22767 Hamburg
Naturschutz@altona.hamburg.de

Auflagen

Baumschutz auf Baustellen

82. Der verbleibende Baum- und Heckenbestand ist zwingend zu erhalten und vor Beginn sowie während der gesamten Bauzeit gemäß DIN 18 920 - Schutz von Bäumen auf Baustellen - zu schützen. Die Bauzeit umfasst dabei den Zeitraum ab der Baustelleneinrichtung, eventueller Abbrucharbeiten bis zur Fertigstellung der Außenanlagen. Gemäß Baumschutzverordnung dürfen geschützte Bäume (Wurzeln, Stamm und Äste) nicht entfernt oder beschädigt werden. Der Wurzelbereich umfasst nach DIN 18 920 den Kronentraufbereich plus 1,50 m (§ 36 HmbVwVfG).
83. Hinsichtlich des Heckenbestandes gilt diesbezüglich der Heckenmantel zzgl. eines einzuhaltenden Abstandes von mindestens 1,00 m (§ 36 HmbVwVfG).
84. Vor Beginn und während der gesamten Bauzeit ist der Baumbestand außerhalb des Wurzelbereichs (Kronentraufbereich plus 1,50m nach allen Seiten) durch einen ortsfesten, mindestens 2,0 m hohen verschraubten Bauzaun/ Holzzaun zu schützen (gemäß DIN 18 920, Schutz von Bäumen auf Baustellen) (§ 36 HmbVwVfG).
85. Die geschaffenen Baumschutzzonen gelten als Tabuzonen für jegliche Arbeiten / Eingriffe in die Wurzelbereiche. Dies gilt neben dem Gebäudebau auch für die Arbeits- und Lagerflächen inkl. Kran, Wegebauten, Leitungstrassen, Plätze, Terrassen und sonstige Neben- und Außenanlagen (§ 36 HmbVwVfG).
86. Während der gesamten Bauzeit dürfen keine Mobiltoiletten unter Bäumen in innerhalb des Kronentraufbereichs aufgestellt werden (§ 36 HmbVwVfG).
87. Im Wurzelbereich der geschützten Bäume und Hecken sind befestigte Wege und Überfahrten mit einem wasser- und luftdurchlässigen Belag, z.B. Schotterrasen, Rasengittersteinen, Pflaster mit Rasenfugen, Grand, Split o.ä. herzustellen (§ 36 HmbVwVfG).
88. Im Wurzelbereich der zu erhaltenden Bäume und Hecken dürfen keine Abgrabungen, Aufschüttungen, Bodenbefestigungen und Materiallagerungen vorgenommen werden (§ 36 HmbVwVfG).
89. Im Wurzelbereich der zu erhaltenden Bäume und Hecken dürfen keine Ver- und Entsorgungsleitungen verlegt werden (§ 36 HmbVwVfG).
90. Es ist eine Fachbauleitung Baumschutz FBL (Mindestqualifikation: Fachagrarwirt für Baumpflege und Baumsanierung) zu beauftragen, die während der Bauzeit die Baumschutzmaßnahmen nach der DIN 18 920 und der ZTV-Baumpflege überwacht, regelmäßig unvorangemeldet überprüft und die erforderlichen Förderungs- und Erhaltungsmaßnahmen veranlasst, begleitet, abnimmt und dokumentiert. Der Bauherr und

die Bauleitung sind im Sinne eines effektiven Baumschutzes angehalten, die auf dem Grundstück tätigen Unternehmen über den Baumschutz zu informieren und für dessen Einhaltung zu sorgen. Daraus ergibt sich, dass sämtliche Arbeiten des Baumschutzes aber auch sämtliche Arbeiten an geschützten Baumschutzzonen, wie Bsp. das Erstellen der Baustraße und des Aufstellens des Baukranes unter direkter Aufsicht der FBL Baumschutz zu erfolgen haben. Dabei ist der Fachbauleitung Baumpflege gegenüber ALLEN Gewerken Weisungsbefugnis zu erteilen. Nach § 14, Abs. 4 der HBauO müssen Bäume, die auf Grund von Rechtsvorschriften zu erhalten sind, während der Bauausführung geschützt werden. Nach DIN 18920 sind Einzelbäume und Pflanzbestände generell, auch wenn Sie nicht durch eine Rechtsverordnung geschützt sind, zu schützen! Die Benennung der Fachbauleitung Baumschutz ist der zuständigen Dienststelle (WBZ4 Naturschutz) vor Baubeginn schriftlich mitzuteilen (§ 36 HmbVwVfG).

Ersatzpflanzung nach § 7 BaumschutzVO

91. Als Ersatz für die entfernte Hecke ist eine neue Hecke in derselben Länge an geeigneter Stelle auf dem Grundstück neu zu pflanzen. Pflanzqualität: 2 -fach verpflanzte Baumschulware, mind. 125-150cm hoch (§ 6 Abs. 5 BaumschutzVO i.V. m. § 36 HmbVwVfG).
92. Ersatzpflanzungen sind entsprechend der anliegenden Gehölzliste vorzunehmen, Abweichende Gehölze sind im Vorfeld mit der zuständigen Naturschutzbehörde abzustimmen und es bedarf diesbezüglich einer schriftlichen Zustimmung (§ 6 Abs. 5 BaumschutzVO i.V. m. § 36 HmbVwVfG).
93. Ersatzpflanzungen sind mit standortgerechten Gehölzen vorzunehmen, auf Dauer zu erhalten und bei Abgang durch gleichwertige Gehölze derselben Art zu ersetzen (§ 6 Abs. 5 BaumschutzVO i.V. m. § 36 HmbVwVfG).
94. Die Ersatzpflanzung ist in der ersten Pflanzperiode (Frühjahr/Herbst) nach Fällung der Gehölze durchzuführen (§ 6 Abs. 5 BaumschutzVO i.V. m. § 36 HmbVwVfG).
95. Die Durchführung der Ersatzpflanzung ist der im Briefkopf genannten Dienststelle innerhalb einer Woche zwecks Überprüfung schriftlich anzuzeigen (§ 6 Abs. 5 BaumschutzVO i.V. m. § 36 HmbVwVfG). Nutzen Sie hierfür den anliegenden Vordruck "Mitteilung über die Fertigstellung der Ersatzpflanzungen".
96. Die Ersatzpflanzung ist auch im Falle des Verkaufs des Grundstücks vom Antragsteller zu leisten (§ 6 Abs. 5 BaumschutzVO i.V. m. § 36 HmbVwVfG).

Hinweise

97. Diese Genehmigung ist bei Durchführung der Maßnahme stets auf dem Grundstück zur Verfügung zu halten und auf Verlangen den zuständigen Bediensteten vorzuzeigen. Sie ersetzt nicht die Genehmigungen, die auf Grund anderer Vorschriften, insbesondere der Hamburgischen Bauordnung oder des Hamburgischen Wassergesetzes erforderlich sind.
98. Die Anzahl der zu fordernden Ersatzpflanzungen berechnet sich nach der Anlage zur Baumschutzverordnung. Der Sachbearbeiter hat diesbezüglich kein Ermessen.
99. Die artenschutzrechtlichen Bestimmungen nach § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutz-gesetz (BNatSchG) sind zu beachten.
100. Gemäß § 29 (1) HmbBNatSchAG können vorsätzliche oder fahrlässige Verstöße gegen die Bestimmungen der Hamburger Baumschutzverordnung, ohne dass eine Ausnahme zugelassen wurde, als Ordnungswidrigkeit gemäß § 29 (2) HmbBNatSchAG mit einer Geldbuße bis zu 50.000 € geahndet werden.

101. Gemäß § 71 BNatSchG kann, wer vorsätzlich eine streng geschützte Art tötet, stört oder deren Fortpflanzungsstätte zerstört mit einer Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder einer Geldstrafe bestraft werden (Straftatbestand).

Anlage zum Bescheid

SELANSCHLUSSRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Hamburger Stadtentwässerung AöR
Billhorner Deich 2
20539 Hamburg
Tel.Nr.: 004940788882135
Fax-Nr.:
E-Mail: Sielanschluss@Hamburgwasser.de

Auflagen

102. Rechtsgrundlage: § 7 Hamburgisches Abwassergesetz vom 24. Juli 2001 sowie Umweltgebührenordnung vom 5. Dezember 1995 in der jeweils zurzeit gültigen Fassung. Säumniszinsen werden gem. § 19(1) des GbG erhoben.
103. Mit der Herstellung der Grundleitung darf erst begonnen werden, wenn die Sielanschlussleitung betriebsfertig hergestellt ist. Bei Nichtbeachten trägt der Bauherr das Risiko ev. später notwendiger Änderungen. Eine Absprache mit dem Sielbezirk ist erforderlich (§ 7 Absatz 1 Satz 3 HmbAbwG).
104. Die Fertigstellung Ihrer Grundstücksentwässerungsanlage ist HAMBURG WASSER mitzuteilen, siehe anliegende Fertigstellungsmeldung (§ 7 Absatz 5 Satz 4 HmbAbwG).
105. Niederschlagswasser sowie Sickerwasser aus Gebäudedrängen darf nicht in das Schmutzwassersiel eingeleitet werden (§ 9 Absatz 1 Satz 2 HmbAbwG).
106. Über Regenwassersielanschlüsse darf nur nicht nachteilig verändertes Niederschlagswasser eingeleitet werden (§ 11a Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 HmbAbwG).
107. Unmittelbar vor jedem Anschluss eines Grundstücks an eine öffentliche Abwasseranlage - mit Ausnahme der Drucksielentwässerung - ist ein Schacht mit einer Mindestnennweite von 1.000 mm herzustellen. Die Grundleitung zwischen Sielanschlussleitung und dem Schacht ist von der Sielanschlussleitung aus ohne Querschnittsänderung bis in den Schacht einschließlich Reinigungsöffnung zu führen (§ 13 Absatz 4 Satz 1 HmbAbwG). Bei einer Grenzbebauung ist eine Reinigungsöffnung im Gebäude vorzusehen.
108. Wird der vorhandene Anschluss nicht mehr benötigt, wird die Sielanschlussleitung durch die Stadtentwässerung auf ihre Kosten verschlossen oder beseitigt; begründete Einwendungen der Eigentümerin bzw. des Eigentümers, insbesondere hinsichtlich einer späteren Nutzung, sind nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Vor der erneuten Benutzung einer außer Betrieb befindlichen oder verschlossenen Sielanschlussleitung ist die Genehmigung nach Absatz 1 einzuholen. (§ 7 Absatz 6 Satz 1 HmbAbwG).
109. Wird durch Änderung einer Grundstücksentwässerungsanlage ein vorhandener Sielanschluss nicht mehr benötigt, ist der Sielbezirk zu informieren (§ 7 Absatz 6 Satz 1 HmbAbwG).
110. §14 HmbAbwG – Hebeanlagen und Rückstauschutz (1) Kann Abwasser auf dem angeschlossenen Grundstück nicht mit einem genügenden natürlichen Gefälle der öffentlichen Abwasseranlage zugeführt werden, hat die Eigentümerin bzw. der Eigentümer Einrichtungen zum Heben des Abwassers (Hebeanlagen) zu schaffen und zu unterhalten. (2) Öffnungen von Grundstücksentwässerungsanlagen wie Schächte, Ausgüsse, Bodenabläufe, Klosettbecken und Abläufe für Niederschlagswasser, die unter der

Rückstau ebene liegen, müssen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik gegen Rückstau aus den öffentlichen Abwasseranlagen gesichert werden. (3) Als Rückstau ebene gilt beim Gefällesiel die vorhandene oder endgültig vorgesehene Straßenhöhe an der Anschlussstelle der Sielanschlussleitung an das jeweilige Siel, beim Drucksiel die Oberkante des Schachtes der Einrichtung zum Sammeln und zur Förderung der Abwässer.

Hinweise

Hinweis zur Kostentragung

111. Bei Entfällt (Wiederinbetriebnahme o. Erstmalige Inbetriebnahme)
Aufgrund dieses Bescheides kommen voraussichtlich keine weiteren Kosten für die Sielanschlussleitung auf öffentlichem Grund bzw. die ESF-Anlage auf Sie zu, da diese bereits vorhanden ist.
Die Hamburger Stadtentwässerung (HSE) hat keine Kenntnis darüber, ob Forderungen der Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke (BWFG) auf Sielbau- oder Sielanschlussbeiträge bestehen. Ob Ihr Grundstück bereits zu Sielbau- und Sielanschlussbeiträgen herangezogen wurde und welche Grundstücksfronten damit abgegolten wurden, können Sie bei der BWFG (Abt.: Anliegerbeiträge) erfahren. E-Mail: anliegerbeitraege@bwfg.hamburg.de
112. Für alle neuen unterirdischen Entwässerungsanlagen, die der Schmutzwasserableitung dienen, ist ein Dichtheitsnachweis zu erstellen (Druckprüfung mit Wasser oder Luft nach DIN EN 1610). Der Dichtheitsnachweis ist durch einen Fachbetrieb zu erstellen und an die Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft (BUKEA) zu mailen: dichtheitsnachweise@bukea.hamburg.de

Anlage

STATISTIKANGABEN ZUR UMSETZUNG DES HmbTG

Dieser Bescheid wird im Transparenzportal Hamburg veröffentlicht (§ 3 Abs. 1 Nr. 13 HmbTG). Vor der Veröffentlichung werden persönliche Daten aus dem Dokument entfernt.

Für das Transparenzportal wird der Bescheid um folgende Angaben ergänzt:

Art der Baumaßnahme:	Errichtung
Art der beantragten Anlage:	Gebäudeklasse 5
Art des Gebäudes nach künftiger Nutzung:	Nichtwohngebäude
Zahl der Vollgeschosse:	4 Vollgeschoss(e)